

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 9 86 846 ppbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Jochen Welt MdB zum Zwischenbericht der Bundesregierung zu den Vorgängen in Bad Kleinen: Die Wahrheit muß ans Licht.

Seite 1

Dr. Uwe Jens MdB zum jüngsten Monatsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: Konjunkturerholung erfordert Anstöße.

Seite 2

Christa Randzio-Plath MdEP zu den Aufgaben des deutsch-französischen Gipfels am 26. August: Zur Überwindung der Währungsunruhen beitragen.

Seite 3

Gert Weisskirchen MdB zur Zerschlagung des Prager Frühlings vor 25 Jahren: Wie sich 1989 vorbereitete.

Seite 4

48. Jahrgang / 157

19. August 1993

Die Wahrheit muß ans Licht

Zum Zwischenbericht der Bundesregierung zu den Vorgängen in Bad Kleinen

Von Jochen Welt MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Mohrenwäsche und Nebelkerzen - dies ist das kurzgefaßte Fazit des Inhalts des Rechenschaftsberichtes. Nichts wird wirklich aufgeklärt, Fakten und Fiktionen werden gemischt.

Der Eindruck der bewußten Informationsverhinderung verhärtet sich, zu viele Fragen im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz gegen die Terroristen bleiben offen.

Selbst das Eingeständnis von Fehlern der Beteiligten wird dazu genutzt, von grundsätzlichen Problemen der Zusammenarbeit von Bundesanwaltschaft, BKA, Bundes- und Landesinnenministerium, Justizministerium und anderer beteiligter Gruppen abzulenken.

Nach Bad Kleinen sind keine Bauernopfer gefragt, sondern eine rücksichtslose Offenheit und durchgreifende Änderung. Der Fisch stinkt vom Kopf her!

Hier liegt das eigentliche Versäumnis, und der vorgelegte Bericht macht keinerlei Hoffnung, daß die Bundesregierung beabsichtigt oder überhaupt in der Lage ist, die Mißstände abzustellen.

In diesem Zusammenhang ist auch der Rücktritt von Innenminister Seifers neu zu bewerten. Er hat mit seinem Rücktritt nicht etwa großzügig und als guter Demokrat die Verantwortung für das Desaster übernommen, sondern ist ganz persönlich für den Tod von zwei Menschen und einem erschreckenden Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Integrität und Kompetenz der in Bad Kleinen tätigen Behörden verantwortlich!

Die Art und Weise, wie die Bundesregierung ihrer Informationspflicht gegenüber Parlament und Innenausschuß in Sachen Bad Kleinen nachgekommen ist, ist ein weiterer Skandal. Offensichtlich gezielte Vorab- und Desinformationen haben unsere Arbeit nachhaltig erschwert. Es ist empörend, die neuesten Untersuchungsergebnisse in der Presse lesen zu müssen, bevor sie den Fachgremien mitgeteilt wurden.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Houssaloo 2-10, Pressehaus 1/217 63113 Bonn
Postfach 1204 08, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.



Zu dieser Politik paßt es, daß in den letzten Wochen versucht wurde, das Interesse der Medien und Öffentlichkeit durch ominöse Stasi-Akten auf Mitglieder der SPD- und FDP-Fraktion zu lenken, um der Bundesregierung dadurch Entlastung bei der Bad Kleinen-Affäre zu verschaffen.

Das Ziel, die Arbeit der Opposition zu lähmen, wurde jedoch nicht erreicht. Die SPD-Mitglieder des Innenausschusses werden unbeirrt weiter daran arbeiten, daß die Wahrheit über Bad Kleinen bekannt wird, Konsequenzen gezogen werden und unsere Demokratie nicht weiter Schaden nimmt.

(-/19. August 1993/rs/ks)

Konjunkturerholung erfordert Anstöße

Zum jüngsten Monatsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

**Von Dr. Uwe Jens MdB
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Wenn das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem jüngsten Konjunkturbericht "keine Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung in Westdeutschland" sieht, werden unsere Zweifel bestätigt, ob die deutsche Wirtschaft von selbst aus der Rezession herausfindet. Wir fordern deswegen Bundesregierung und Bundesbank auf, schnell konkrete Anstöße für eine Konjunkturerholung zu geben.

Der Zentralbankrat der Bundesbank ist daher aufgefordert, auf seiner nächsten Sitzung in der kommenden Woche nachhaltige deutliche Zinssignale durch Absenkung von Diskont- und Lombardsatz zu geben. Auch vom jüngsten Bericht der OECD sehen wir uns in dieser Forderung bestärkt. Zurecht stellt die OECD fest, daß die Bundesbank den gewonnenen Spielraum für Zinssenkungen in vollem Umfang und kurzfristig nutzen sollte.

Die Bundesregierung sollte endlich den Vorschlag des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit Jagoda aufgreifen, durch Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes auch Sonder-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in westdeutschen Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit zuzulassen. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung möglichst schnell konkrete Vorschläge machen, wie durch Umschichtungen im Bundeshaushalt von konsumtiven zu investiven Ausgaben sowie durch Einsparungen Mittel zur Stärkung öffentlicher Investitionen freigemacht werden können.

Eine schnelle Einberufung einer neuen konzentrierten Aktion von Bundesregierung, Sozialpartnern und Bundesbank wäre der beste Weg, um abgestimmte Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur zu treffen.

(-/19. August 1993/rs/ks)

**Zur Überwindung der Währungsunruhen beitragen
Zu den Aufgaben des deutsch-französischen Gipfels am 26. August**

**Von Christa Randzio-Plath MdEP
Vorsitzende des Unterausschusses Währung des Europäischen Parlaments**

Die Versuchung ist für alle EG-Regierungen groß genug, den Quasi-Zusammenbruch des Europäischen Wirtschafts- und Währungssystems (EWS) zu einem Wettlauf um nationale Vorteile und um einen Mißbrauch des monetären Spielraums auf Kosten von Stabilität und europäischer Gemeinschaftlichkeit zu nutzen. Das zeigt sich schon daran, daß fast alle Währungen inzwischen unterhalb der Schwankungsbreite notieren. Noch niemals schien der weitere Weg zur Europäischen Union, zur Wirtschafts- und Währungsunion (EWS), so mühsam wie heute.

Es rächt sich, daß der politische Wille fehlte, die Schiefelage zwischen Politischer Union und Wirtschafts- und Währungsunion sofort zu beseitigen. In der schweren See der Währungsunruhen wird dieses jetzt dringend zu korrigierende Versäumnis deutlicher denn je.

Frankreich und Deutschland müssen den deutsch-französischen Gipfel am 26. August die deutsch-französische Freundschaft in den Dienst europäischer Vertiefungsfortschritte stellen, weitere Spekulationen gegen das EWS als System verhindern und die Rückkehr zu engen Bandbreiten 1994 vorbereiten helfen. Wirtschaftliche und soziale Konvergenz muß als Ziel weiterhin verfolgt werden. Dazu bedarf es der Erfüllung der Konvergenzkriterien von Maastricht.

Großbritanniens egoistische und kurzsichtige Politik wird kein Beispiel für Wohlstand und Beschäftigung werden; denn diese Politik wird außer kurzfristigen Erfolgen auf dem Rücken der eigenen Arbeitnehmerinnen und Sozialdumping gegenüber den anderen EG-Staaten mittelfristig nur eine höher Arbeitslosigkeit bei einer höheren Inflation erzielen.

Deutschland und Frankreich müssen unmißverständlich Klarheit schaffen, daß die EG als Inflationgemeinschaft nicht gewollt wird. Frankreich und Deutschland müssen gerade jetzt positive Signale zur Fortsetzung von Stabilität und Konvergenz setzen. Anstatt über den Terminplan zur 3. Stufe zu reden, sollte alles getan werden, damit die 2. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1994 in Kraft tritt.

Beide Staaten müssen daher jedem Vorschlag auf die Beseitigung des freien Kapitalverkehrs und die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen entschieden entgegentreten. Sie müssen aber prüfen, ob die Schutzklausel genutzt werden muß, um mit der Einführung etwa einer Spekulationssteuer die EWS-Währungen und das EWS wieder zu stärken. Schließlich lag die Bedeutung des EWS nicht in einer Stärkung von Dollar und Yen, sondern in der Herstellung von Berechenbarkeit der Kurse für das Handeln im EG-Binnenmarkt.

Frankreich und Deutschland müssen einer Politik des gegen den Gemeinschaftsgeist verstoßenden monetären Bilateralismus eine Absage erteilen und zur schnellen Verabschiedung der gesetzlichen und institutionellen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der 2. Stufe beitragen. Schließlich erleichtert das Europäische Währungsinstitut (EWI) die monetäre Koordinierung und wird monetäre Mißstände beseitigen helfen, weil die 2. Stufe die Überwachung der Haushaltsdefizite und der Staatsverschuldung, aber auch die Beschränkung für monetäre Finanzierung der Haushaltsdefizite vorgesehen sind.

Deutschland und Frankreich müssen am 26. August endlich auch gegenüber der mißtrauischen deutschen Bevölkerung vertrauensbildend wirken und als Sitz des EWI und der künftigen Europäischen Zentralbank (EZB) gemeinsam eine Stadt vorschlagen, die wie Frankfurt eine Stabilitätstradition hat.

(-/19. August 1993/rs/ks)

Wie sich 1989 vorbereitete Zur Zerschlagung des Prager Frühlings vor 25 Jahren

Von Gert Welaskirchen MdB

1968 - ein Jahr von Hoffnung und Trauer, von Aufbruch und Ende. Es brach sich am 21. August und ließ die Tschechoslowakei zurück in der Melancholie der verlorenen Selbstbestimmung. Der Prager Frühling währte nur einen kurzen Sommer. Die Panzer der Roten Armee rollten aus Angst vor dem Untergang der kommunistischen Nomenklatur. Sie wollten den Versuch zerstören, den "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" zu versehen. Das Aktionsprogramm des Zentralkomitees der KPC vom April 1968 wollte Unerhörtes für eine kommunistische Partei an der Macht: die Sowjet-Diktatur sollte beendet, die Freiheit der Versammlung und der Koalition verwirklicht und die Freizügigkeit garantiert werden. Demokratische Kooperation und Föderation der Republiken sollte die Unterdrückung ablösen. Die Wirtschaft sollte dezentralisiert werden, private Kleinbetriebe sollten entstehen, Unternehmen unabhängig geführt werden können. Sozialismus und Demokratie sollten miteinander verbunden werden. "Ein hoffnungsloser Fall, ein Konterrevolutionär", urteilte Breschnew über Alexander Dubcek und Gomulka senkte in einem Geheimbericht den Daumen: "die Tschechoslowakei verwandelt sich in eine bürgerliche Republik."

Das Signal zur Invasion kam aus Moskau und der Warschauer Pakt folgte ihm. Deutsche, mal wieder, voran. Dieses Mal aus der DDR, Walter Ulbricht. Und mit Deutschland hatte die Vernichtung des Experiments an der Moldau zu tun. "Für immer", wollte Breschnew gegenüber Dubcek die Vernichtung des Experiments an der Moldau später rechtfertigen, sollte der Sieg seiner Generation im großen Vaterländischen Krieg gesichert sein. Europa sollte gespalten bleiben. Und die Antwort des Westens besiegelte die Abreden von Jalta. Die Reformer in Prag wollten ihre Gefangenschaft "von der bleiernen Schwere befreien" (Dubcek) und der Westen stellte Stabilität vor Freiheit. Jalta fesselte die europäische Zukunft. Das Verlangen nach individueller Freiheit und nationaler Selbstbestimmung hatte im mitteleuropäischen Osten zuvor schon gegen die von Moskau abhängigen Führungen rebelliert.

In Ost-Berlin legten 1953 Bauarbeiter die Legitimationslücke bloß, die sich nicht mehr schließen sollte, bis 35 Jahre später der bürokratische Kommunismus implodiert war. 1956 trug der Freiheitswille die ungarische Trikolore. Mit 1968 hatte das regierende Europa Jalta verinnerlicht. Die europäische Mitte wurde politisch nach Westen verschoben. Dem Osten blieb sein unglückliches Bewußtsein. Es war zerrissen geboren. In verzweifelten Träumen kultureller Selbstbehauptung wehrte es sich gegen den Verlust einer Zukunft, die die Fesseln von Jalta hätten abwerfen müssen, wollten sie Wirklichkeit werden. In den Straßen Prags starb 1968 in den Schüssen der Roten Armee nicht allein das Experiment der KPC. Mit ihm richtete Moskau die letzte Überlebenschance des sowjetischen Kommunismus hin. Seine Unfähigkeit zur Veränderung war endgültig offenbar geworden, Moskau trieb den trotz aller Täuschungen und Enttäuschungen noch verbliebenen Rest des Willens zur Inneren Reform des Leninschen Modells in die Dissidenz.

Die Regierungen des Westens verhielten sich komplementär. Die Konfrontation der Militärblöcke, der sich zuspitzende Antagonismus der atomaren Supermächte, schienen eine Komplizenschaft der Staatsmänner zu erfordern. Sie teilten sich die Welt. Und damit begann das Ende der Konstellation.

die Jalta geschaffen hatte. Die "Normalisierung" nach 68 trieb den bürokratischen Kommunismus auf die Höhe seiner Macht. 1975 wurden in Helsinki die Grenzen in Europa anerkannt. Breschnew glaubte sich und die Internationale seiner Nomenklatur so fest, daß er das westliche Verlangen nach dem Respekt für die Menschenrechte konzedieren konnte. Damals wußte er noch nicht, daß er dem Untergang der Sowjetmacht zugestimmt hatte. Zuvor ging der europäische Osten einen langen Leidensweg. Die Phantasien der Menschen und ihre Kraft saugten sich nach innen ab. Die Gesellschaft entleerte sich, der Staat blühte sich auf. Psychische Energien, auch ihre Wechselspiele konstruktiven und destruktiven Potentials wandten sich von der Öffentlichkeit ab und den zwischenmenschlichen Beziehungen zu. Den ostmitteleuropäischen Staaten wurde streng begrenzte Spielflächen der autoritären Auflockerung von oben erlaubt. Bewegungen wurden vorgetäuscht, damit ungebundene Fähigkeiten nicht über die formierte Herrschaft hinausschleßen konnten.

Am Beispiel des Kadarschen Ungarn sollte erprobt werden, wie persönliche Kreativität abgefangen werden kann in der ökonomischen Selbstausbeutung einer "kleinen Privatisierung", die sich in den Grauzonen zwischen Legalität und Illegalität bewegte. Der Wille auf fundamentalen Wandel sollte gebannt und die Menschen ausgelaugt werden. Die letzten Reste der Utopie vom Sozialismus wurde von den realen leninischen Staatsmaschinen zu Staub gemahlen. So berebete sich 1969 vor.

Das Jahr des großen Erwecken

1969 noch schien es, als könnten Träume wahr werden. Der Mai in Paris sah eine rebellierende studentische Jugend. Die Phantasie drängte an die Macht. In den USA verbanden sich die Bürgerrechtsbewegungen der schwarzen mit den Forderungen der weißen Intellektuellen nach radikaler demokratischer Erneuerung. Die westdeutsche Studentenbewegung suchte den Bruch mit den Vätern, die die Hitler-Diktatur ermöglicht hatte. Sie sah sich in einer anderen Tradition, der Kontinuität der halbierten Revolutionen von 1848 und 1918, dem "Wärmestrom", wie Ernst Bloch ihn verheißungsvoll beschrieb, der nicht abgeköhnt war, den es einzulösen galt. Eine neue Zeit schien anzubrechen. Ihr Aufbruch wollte sich nicht begrenzen auf die Nation, sie sollte überwunden werden. Die nationalen Gesellschaften warteten auf ihre humane Umgestaltung, damit Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität international verwirklicht werde. Die Sympathie für den fundamentalen Wandel in der Tschechoslowakei sprang in den Westen über. Manche Akteure empfanden die Veränderungen als aufeinander bezogene. Für Adam Michnik, damals Studentenführer in Warschau, war 1968 "ein großes Erwecken: Versammlungen und öffentliche Diskussionen, ein neues Klima in den Gesprächen, ein Stück Leben auf eigene Rechnung."

Die "Emanzipation der Menschen und der Gesellschaft" war für Petr Uhl, in jenen Tagen Prager Trotzkist, der Brückenpfeiler zwischen Ost und West. Die Erwartungen jedoch verheilten sich reziprok. Die demokratische Linke des europäischen Ostens suchten die Debatte mit der demokratischen Linken des Westens. Aber wenige fanden den Weg durch den "Eisernen Vorhang". Rudi Dutschke hielt in den Diskussionen an der Karls-Universität fest an seinem undogmatischen Bild von Karl Marx und den Zielen der Arbeiterbewegung. Mit seiner Person hat er aufmerksam gemacht auf die Verknüpfung der westdeutschen Jugendrevolte mit der Sehnsucht nach einem anderen Leben in einer grundstürzend veränderten wahrhaft demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Im Typus der Sowjet-Diktatur war die Unterdrückung real, nicht aber der Sozialismus. Mit großen Gruppen seiner Genera-

tion lehnte sich Rudi Dutschke auf gegen falsche, nur formal Autorität. Das Bewußtsein von der Zusammengehörigkeit der Deutschen unterschied ihn. Die DDR schrieb er nicht ab. Solidarität blieb ihm unteilbar, national und international. Drei Tage nach dem Disput an der Universität zu Prag wurde er in den Kopf geschossen. Der Blick zurück in Trauer ruft als Echo des Vergangenen die Legende hervor. Unser kollektives Gedächtnis dürfen wir nicht belügen: Die 68er kämpften hart um die Essenz der Demokratie, in Ost und West. Weil sie unendlich viel Kraft verlor im Streit um den Weg, der zu gehen sei, um die formale in eine inhaltliche Demokratie zu transformieren, eröffnete die demokratische Linke der Gegenreformation schließlich eine neue Chance zur Macht. Wer 68 vom Kopf auf die Füße stellt und die beiden Zahlen umtauscht, liest das Jahr der (ost)europäischen samtenen Revolutionen - ein Zeiteinsprung und doch verbunden. Was wir im Westen fast gering schätzten, war im Osten zu neuen Projekt geworden - die aktive zivile Bürgergesellschaft.

Der Stillstand der Zeit

Ein erheblicher Teil der westlichen demokratischen Linken empfand den der civil society innewohnenden Kompromißcharakter als historisch überholt, während der Osten sie anstrebte. Militärische Gewalt hatte am 21. August 1968 den Neubeginn beendet. Es folgte der Stillstand der Zeit, die Desillusionierung. Die Dissidenz machte sich wie Vaclav Havel an den "Versuch in der Wahrheit zu leben". Die vom Westen erhoffte "Solidarität der Unterdrückten" (Jan Patocka) blieb unter ihren Möglichkeiten. Der Aufbruch von 89 im Osten fand keine koevolutive Antwort des Westens. Die unverrückbare Differenz zwischen 68 und 89 spiegelt sich in der sich umkehrenden Perspektive von Wahrnehmungsgefühlen. 68 konnten Handelnde in Ost und West sich selbst individuell und mit anderen gesellschaftlich Neues entdecken.

Weil 89 der Aufbruch auf den Osten begrenzt blieb und sich der Westen zumeist verschloß, nahmen die Menschen eher wahr, was sich wiederholt, weniger, was sich verändert. Die Sackgassen des Nationalismus sind nah. Europa wird die Dämonen der Vergangenheit nur bannen, wenn komplementäre Prozesse der gesellschaftlichen Transformation sich in Gang setzen. Noch leben wir unter unseren reformerischen Fähigkeiten. Für die Neokonservative Brigitte Seebacher-Brandt ist "das Erbe der '68er...versunken". Adam Michnik hält dagegen - "der Streit um das Jahr '68 ist ein Streit um Vergangenheit und...wie die Zukunft in Angriff zu nehmen ist. Wird es eine Zukunft treuer, toleranter und offener Gesellschaften sein? Oder eine auf Lügen gebaute Welt neuer orthodoxer Diktaturen?" Der Jammer mit der Menschheit aber ist, sagt Bertrand Russell, daß die Narren so selbstsicher sind und die Gescheiten so voller Zweifel.

(-/19. August 1993/rs/ks)

(Dieser Beitrag erscheint auch in der "taz")
